



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen



Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksache / Bremische Bürgerschaft, Landtag 10. Wahlperiode, 1979-1980

02.11.1981 - Drucksache 10/647

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 37

Der Petitionsausschuß hat am 2. November 1981 die nachstehend aufgeführten fünf Eingaben abschließend beraten. **Der Ausschuß bittet, die Bürgerschaft (Landtag) möge über die Petitionen wie empfohlen beschließen.**

von der Schulenburg
(Vorsitzender)

Der Ausschuß bittet, folgende Eingaben für erledigt zu erklären:

Nr. der Eingabe	Gegenstand	Begründung
L 10/158	Kostenerstattung für die Installation einer Fangschaltung	Dem Begehren wurde entsprochen.
L 10/302	Antrag auf Unterstützung durch das Sozialamt	Anlässlich eines Hausbesuchs durch das zuständige Sozialamt wurde der Bedarf der Petentin an Hausrat und Wohnungseinrichtungsgegenständen sowie Bekleidung festgestellt und anschließend bewilligt.
L 10/377	Bitte um Beantwortung von Fragen im Zusammenhang einer Sorgerechtsregelung und der Regelung des Umgangsrechts	Dem Begehren wurde entsprochen, soweit die verschiedenen laufenden Familienrechtsverfahren dies erlaubten. Eine klarere Beantwortung wird erst nach Abschluß der Verfahren möglich sein.

Der Ausschuß bittet, folgende Eingaben für erledigt zu erklären, da sie nicht abhilfefähig sind:

Nr. der Eingabe	Gegenstand	Begründung
L 10/224	Beschwerde über eine Forderung des Landessozialamtes	Die geltend gemachte Forderung beruht auf den entsprechenden Vorschriften des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG). Aufgrund der persönlichen und wirtschaftlichen Situation der Petentin ist keine besondere Härte ersichtlich, die ein Absehen von der Forderung gerechtfertigt hätte.
L 10/356	Verlegung in die JVA Oslebshausen	Der Petent befindet sich in der nach dem Vollstreckungsplan zuständigen Justizvollzugsanstalt. Wichtige Gründe, die eine Abweichung vom Vollstreckungsplan rechtfertigen würden, liegen nicht vor.

Bericht des Pensionsausschusses Nr. 11

Der Pensionsausschuss hat am 2. November 1964 die Angelegenheit hinsichtlich der Pensionierung der am 1. April 1964 in den Ruhestand getretenen Beamten des Magistrats behandelt.

Der Ausschuss hat sich mit der Pensionierung der Beamten des Magistrats beschäftigt und ist zu folgenden Beschlüssen gekommen:

Der Ausschuss hat beschlossen, im Hinblick auf die Pensionierung der Beamten des Magistrats folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Die Pensionierung der Beamten des Magistrats ist so zu gestalten, dass die Pensionierung der Beamten des Magistrats in der Höhe der Pensionierung der Beamten des Magistrats erfolgt.

2. Die Pensionierung der Beamten des Magistrats ist so zu gestalten, dass die Pensionierung der Beamten des Magistrats in der Höhe der Pensionierung der Beamten des Magistrats erfolgt.

3. Die Pensionierung der Beamten des Magistrats ist so zu gestalten, dass die Pensionierung der Beamten des Magistrats in der Höhe der Pensionierung der Beamten des Magistrats erfolgt.

Der Ausschuss hat beschlossen, im Hinblick auf die Pensionierung der Beamten des Magistrats folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Die Pensionierung der Beamten des Magistrats ist so zu gestalten, dass die Pensionierung der Beamten des Magistrats in der Höhe der Pensionierung der Beamten des Magistrats erfolgt.

2. Die Pensionierung der Beamten des Magistrats ist so zu gestalten, dass die Pensionierung der Beamten des Magistrats in der Höhe der Pensionierung der Beamten des Magistrats erfolgt.